

männ. Rothbar, Dr. Dersel, Dr. Graf v. Schönerer-Rovis, Graf v. Westary und v. Winterfeldt (Rechts). Die Wahlen der übrigen 20 konföderativen Abgeordneten, gegen die kein Protest vorliegt, sind von den Abteilungen geprüft und für gültig erklärt worden.

Das amtliche Verzeichnis der Bevollmächtigten zum Bundesrat und der Mitglieder des Reichstages, abgelehnt am 21. Februar 1912, ist nunmehr im deutlichen Reichstage ausgegeben worden. Danach zählen die Deutschkonföderativen 13 Mitglieder und 2 Sozialisten, die Reichspartei 12 Mitglieder und 1 Sozialist, die Christlich-sozialistische Vereinigung 8, die Reformpartei 3, das Zentrum 88, die Polen 18, die Elbaf-Lotharinger 9 und die Deutsch-Kameraderer 5 Mitglieder. Auf der linken Seite zählen die Nationalliberalen 40 Mitglieder und 4 Sozialisten, die fortschrittliche Volkspartei 40 Mitglieder und 1 Sozialist und die Sozialdemokraten 10 Mitglieder. Elf Reichstagsabgeordnete haben sich keiner bestimmten Partei angeschlossen, darunter der augenblickliche Präsident Kaempf von der fortschrittlichen Volkspartei. Zwei Mandate, die dem Zentrum gehören und ihm sicher sind, sind augenblicklich erledigt. Aus diesem amtlichen Verzeichnis geht klar hervor, daß der sogenannte Großblock — Nationalliberale, Freijüngliche und Sozialdemokraten — über die absolute Mehrheit der Abgeordneten nicht verfügt. Er zählt einschließlich des Dänen Kanfusen nur 197 Abgeordnete. Aber auch die rechtsstehenden Parteien, einschließlich des Zentrums haben keine Mehrheit. Das Zingelen an der Waage bilden in beiden Fällen die Polen, Elbaf- und Wessler. Eine feste Majorität ohne Rücksicht auf keine Fortbewegung kann sich bilden, weder aus Zentrum und Sozialdemokraten, die zusammen 200 Abgeordnete zählen, oder aus der gesamten Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen, die zusammen 203 Abgeordnete aufweisen. An Stelle der Nationalliberalen oder der Deutsch-Konföderativen könnte eventuell auch die fortschrittliche Volkspartei treten. Eine Mehrheit aus Zentrum, Nationalliberalen und Freijünglichen ist aber auch nicht möglich ohne Sitzträger der Polen und Elbaf-Lotharinger. Wohl kein Reichstag hat demnach zu unfruchtbarer Mehrheitsverhältnisse gehabt als der gegenwärtige, und Verbesserungen dürften kaum zu vermeiden sein.

Aus dem Landtage.

Am 16. geordneten Hause wurde am 27. Februar die zweite Lesung des Sondergesetzes fortgesetzt, über die nicht zu Ende geführt. Die Sitzung zeichnete sich dadurch aus, daß die Sozialdemokraten in ihrer fälschen Arbeiterfreundlichkeit von allen Seiten und allen Rednern gründlich beaufschlagt wurden. Mit scharfen, klaren Worten wurde besonders auf ihren Terrorismus gegenüber den Arbeitswilligen bei Streiks hingewiesen und unmaßstäbliche Strengung und Mäßigkeitslosigkeit gefordert, wenn es sich darum handelt, arbeitswillige Arbeiter vor Vergewaltigung durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften und deren Organe zu schützen. Der konföderative Abgeordnete Karow erzählte, wie er als Direktor der Germania-Professoren-Vereinsgesellschaft bei einem Streik mit der Streikleitung verhandelt habe und wie seine Gesellschaft, trotzdem die Lohnforderungen bewilligt worden waren, doch hofpottiert worden sei, weil er als Direktor sich geweiht habe, seine Unterwürigkeit unter ein Schriftstück zu legen, durch das die Germania sich der Streikleitung bedingungslos unterworfen haben würde. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Ströbel (Soz.), Reilich (Soz.), Schiffer (natlib.), Wöhrardt (freisoz.), Karow (kon.), Wöhrardt (Soz.), Dr. Schep (Wp.), Hausmann (natlib.), Dr. Ehlers (Wp.), Siebener (kon.), Dr. Wendlandt (natlib.), Schwabe (kon.), und zu wiederholten Malen der Sondersminister Dr. Sydow.

Der Spreeprefekt.

Als die Kandidaturen zur Wahl des „Zweckverbandsdirektors“ für Groß-Berlin aufgestellt wurden, des Spreeprefekten, wie man nach französischem Muster sagt, da machte man diese Wahl wieder zur Parteifache. Der Berliner Stadtkämmerer Steiniger galt als Vertreter der Rechten, der Bürgermeister Dr. Reide als Wortkämpfer der fortschrittlichen Volkspartei; als entschiedene Liberaler überragte auch der Oberbürgermeister von Barnim, Voigt. Jetzt ist die Wahl vollzogen und zu großem Schmerz der fortschrittlichen Rechten ist Professor Reide zum Spreeprefekten durch seine Verehrung — ist Dr. Steiniger als „Bannerträger der Vorortbauern“ als Sieger über die Berliner angebliche Intelligenz hervorgegangen. Die Zahl der Bewerber um das schöne Ämchen, das fast ein Ministergehalt einbringt, ist natürlich sehr groß gewesen. Die beiden Favoriten Reide und Steiniger, beides natürlich Verwaltungsjuristen, sind Liebhaber der Musik. Reide als Verfasser des „Grünen Gulns“ und anderer Bühnenstücke und Gedichte ist längst bekannt, aber auch Steiniger hat ursprünglich in Basel Amtsgeschäfte und Philosophie studiert, sich also sicher nicht träumen lassen, daß er einst an der Spitze der „Großstadt Berlin“ stehen und Vorlagen über Bauhochlinien, Umfahrungen, Waldgürtel, Bahnverbindungen und ähnliches auf seinem Bulte setzen würde. Mit einem besseren und einem sehr netten Auge sehen die Berliner Stadtbücher, denen er als Kamerader bis zum letzten Tag, sein Amt; aber alle modernen und zukunftsreichend denkenden Männer von Groß-Berlin atmen auf und wünschen ihm das Beste.

An dieser Reichshauptstadt und ihrem Wohl und Wehe ist ja das ganze Land viel mehr interessiert, als der oberflächliche Betrachter denkt. Jeder wolle Freude wohnt hier, und ständig kommt junges, gelobtes Blut aus allen Provinzen her, um großenteils im Daimenkapital hier gerieben zu werden. Es ist eine Anklage von ungeborener Wucht gegen das bisherige Groß-Berlin mit seinen ungesund und gesundheitswidrigen und sozialen Zuständen, daß es die geringste Mehrzahl aller von allen deutschen Gemeinwesen hat. Von hundert Gesamtbevölkerung sind hier immer nur 28 aus Preussens Land, obwohl die Auswanderer und Fremden immer wieder aufs Land oder in die Kleinstadt zurück abgehoben werden. Das wird noch schlimmer, wenn man bei der bisherigen Politik bleibt, wegen der gegenseitigen Eifersüchteleien zwischen dem eigentlichen Berlin und der Umgebung die besten Projekte liegen bleiben. Der Zweckverband soll da eingreifen.

Öffentlich bewährt er sich ebenso wie die Londoner Grafenschaft.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die türkische Protestnote.

Der türkische Botschafter in Berlin hat am 26. Februar die Protestnote der Flotte wegen der Beschießung des Hafens von Beirut überreicht. Als Protestgrund wird angegeben, daß die Italiener bei ihrer Aktion die angemessene Frist von der Ankündigung bis zur Beschießung der Stadt nicht eingehalten hätten. Eine Beschießung der Stadt Beirut wird in der Note, die von Auswärtigen Ämtern entgegenkommen wurde, nicht beanstandet. Ein eigenartiges Zusammenreffen ist es, daß die beiden benachbarten türkischen Schiffe auf einer italienischen Wacht beobachtet worden waren. Nach Berliner Auffassung ist nunmehr damit zu rechnen, daß für den Fall von italienischen Aktionen im Ägäischen Meer die mehrfach angelegte Sperre der Dardanellen durch Seeminen ins Werk gesetzt wird.

Über diplomatische Schritte der Mächte in Anknüpfung an den türkischen Protest verläutet nichts.

Deutsches Reich.

Das fünftägige Reichstagspräsidium. In zwei Wochen, am 13. März, wird das Präsidium des Reichstages endgültig gewählt werden. Die Verhandlungen hinter den Kulissen sind, wie man der „Zeit“ aus parlamentarischen Kreisen schreibt, so weit gediehen, daß sich die Wahl vorläufiglich ohne besondere Schwierigkeiten vollziehen wird. Eine Einigung der bürgerlichen Parteien wird auf der Grundlage, den Nationalliberalen den Posten des Präsidenten anzubieten, angebahnt. Ob Herr Wassermann, Herr Paasche oder Herr Schönau-Carolath als Kandidat aufgestellt werden wird, ist freilich noch eine unentschiedene Frage, doch ist es ein offenes Geheimnis, daß Herr Wassermann heisse Sehnsucht nach dem Präsidium empfindet. Für einen nationalliberalen Präsidenten würden wohl alle bürgerlichen Parteien stimmen, während die Sozialdemokraten an ihrer Demonstrationskandidatur Weibel festhalten und die Polen und Wessler sich der Abstimmung enthalten würden. Der Vollen des ersten Vizepräsidenten sieht man dem Zentrum zu, das auch auf die bürgerlichen und wesslerischen Stimmen rechnen kann. Die Fortschrittler würden mit den Sozialdemokraten ihre Stimmen für Herrn Schönerer abgeben. Herr Schönerer hätte jedoch das Präsidium angenommen, aber um ein Vize-Präsidium wird er sich nicht bewerben, um so weniger, als er ja inzwischen das wichtige Amt des Vorsitzenden der Budgetkommission erhalten hat. Wo wird das Zentrum wahrscheinlich einen jüngeren Aristokraten aus seinen Reihen, vielleicht den Grafen Praxama, aufstellen. Als zweiter Vize-Präsident dürfte ein konservativer oder ein Nationalliberaler entgegenzunehmen, ein Mitglied der Reichspartei in Frage kommen. — Somit wären Sozialdemokraten und Fortschrittler im endgültigen Präsidium nicht vertreten. Dafür stellen diese Parteien der Linken aber einige Schriftführer, deren Wahl bereits rechtschaffen ist und nicht wiederholt zu werden braucht. Unter den Schriftführern sind nämlich zwei Sozialdemokraten, ein Fortschrittler, ein konservativer, zwei Zentrumsmitglieder, ein Nationalliberaler und ein Pole.

Das Vergehen des Hg. Trager. Im Reichstag waren am Dienstag Gerichte verberichtet, daß das Vergehen des Abgeordneten Geismar Trager sich verberichtet habe. Diese Gerichte betreffen sich indessen nicht. Im Gegenteil hat sich der Abgeordnete Trager von seinem Unwohlsein fast vollständig wieder erholt und ist bereits wieder ausgegangen.

Die Landtagswahl in Berlin II. Nach den am 27. Februar stattgehabten Landtagswahlen in Berlin II. die Verfügungen im ganzen über 41, die Sozialdemokraten über 117 Wählerinnen. Die Wahl der fortschrittlichen Kandidaten, Kandidaturen von Frauen, ist also, wie mit Sicherheit vorauszusetzen war, gescheitert.

Die Dedung der Kosten der Wehrvorlagen. Halbamtlich wird folgende Erklärung veröffentlicht: Die neuerdings wieder aufgetauchte Mitteilung, wonach die Regierung zur Dedung der Kosten der Wehrvorlagen auch eine besondere Befreiung des mobilen Kapitals plane, ist, wie gemeldet, unrichtig. Uebrigens war die gleiche Nachricht bereits vor einigen Wochen demontiert. Die Einnahme aus den Dividenden gehört zum Einkommen. Die Einkommensteuer ist aber ebenso wie die Vermögenssteuer eine einzelstaatliche Steuer, in die das Reich nicht eingreifen darf. Ähnlich grundlos sind die Angaben über andere Steuerarten, die als für das mobile Kapital angeblich in Aussicht stehen, wie die Kosten der Wehrvorlagen aufgebracht werden, noch nicht endgültig entschieden, man wird aber gut tun, sich an die Annahme zu gewöhnen, daß die Dedung, soweit Steuern in Betracht kommen, in einer einheitlichen Weise erfolgen wird. Die beiden Berliner Blatte aufrechterhalten, denn entgegenstehenden Mitteilungen entgegen jeder tatsächlichen Unterlage.

Sandwerk und Konsumvereine. Die lebhaften Klagen des Kleingewerbes über schwere Schädigungen durch die Konsumvereine haben, wie man uns schreibt, den Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Famernstag veranlaßt, durch die Sandwerkskammern eingehende Erhebungen über die tatsächlichen vorhandenen Mißstände anzustellen. Dielem Zweck ist ein einheitlicher Fragebogen zugrunde gelegt worden.

Sandwerk und Konsumvereine. Dem Vernehmen nach ist mit der Organisation der Reichs- und Landesverbände der Privatangehörigen der Reichs- und Landesverbände der Arbeiter der sozialpolitische Arbeiter im Reichsverband, Erzengel, Caspar und der Reichert für das Angelegenheitsverordnungs-Gesetz, Oberregierungsrat Sedman betraut.

„An ihren Früchten...“ Aus sachlichen und nationalen Gesichtspunkten hat sich immerzeit die konföderative Reichstagsfraktion der elbaf-lothringischen Verfassungsverfechter gegenüber ablehnend verhalten, weil sie eben der Meinung auf dem Wege zur „Rechtschaffenheit“ Selbstentredung nicht zu folgen vermag. Die Partei machte den schmerzlichen Bedenken das Zugeländnis des gleichen Wohlstands an Elbaf-Lothringern gelobt, allein, sie predigte tauben Ohren. Die Reichsregierung, welche bei dieser Ge-

legenheit geradezu eine Virtuosität im Umfallen an den Tag legte, suchte die unbequemen Wähler mit der Bemerkung zu beschwichtigen, man solle doch erst die Tätigkeit der elbaf-lothringischen Landesvertretung abwarten. Nun haben wir die Beherrschung! Die zweite Kammer Elbaf-Lothringens hat ihre „legensreiche“ Tätigkeit begonnen und den kaiserlichen Dispositionsfonds zu Gnadenzwecken, den polizeilichen Dispositionsfonds und die Hälfte der Verwaltungsulage des Statthalterbezirks bemächtig abgelehnt. — Der Anfang ist ja „bielberpresend“!

Ausland.

Die Gärung in Kreta und die europäische Lage.

Einer Pariser Zeitungsmeldung zufolge findet gegenwärtig wein der auf Kreta herrschenden Gärung, für die Ermordung dreier Muselmanen einen besorgniserregenden Beweis bildet, zwischen den Serben, mächtigen ein Gedankenaustrausch über die Vernehmung ihrer Marinestreitkräfte in den kretischen Gewässern statt. Der „Matin“ will wissen, die französische Regierung habe bereits Beschlüsse, außer dem „Edgar Quinet“ noch weitere Kreuzer der Mittelmeerflotte dorthin zu senden, um im Bedarfsfälle die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Muselmanen notwendigen Truppen zu landen. England werde gleichfalls mehrere Schiffe nach Kreta schicken. Ministerpräsident Boincare habe die russische Regierung ersucht, daselbst zu tun. Italien könne natürlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einschießen. Der „Matin“ sagt ferner, daß die Gärung auf Kreta die Mächte um so mehr beunruhige, als sie das Vorspiel von ernstlichen Wirren auf dem Balkan bilden könnte. Die gegen die Muselmanen gerichtete Bewegung der Christen auf Kreta, sowie die unaufrichtigen Umtriebe der Kreter zugunsten einer Vereinigung mit Griechenland könnten die Türkei zu einem Vorstoß gegen Griechenland veranlassen. Die Türkei würde sich da einen leichten militärischen Erfolg holen, durch den ihr Ansehen erhöht, aber die europäische Lage eine ernste Zübing erfahren würde. Denn, wenn die Türkei in Griechenland einmarschierte, dann würden die Bulgaren wahrscheinlich in Makedonien eindringen, und das würde auf dem ganzen Balkan einen Kriegszünd entfachen. Es sei deshalb nicht überflüssig, wenn die gegenwärtige Lage die Großmächte beunruhige.

Frankreichs „schwarze Armee“.

Nach einer Pariser Zeitungsmeldung hat sich Derit de Mangin, von dem die Hauptanregung zur Bildung einer schwarzen Armee ausgegangen ist, im Auftrage des französischen Kriegsministers nach Dakar begeben, um dort vier neue Bataillone von Senegalischen anzuwerben, von denen eines für Agier und drei für Marokko bestimmt sind. In Senegambien sollen Weiterverbreitungsbüros errichtet werden, die je nach Bedarf weitere schwarze Truppen liefern können.

Die Republik China.

Die „Times“ meldet aus Peking vom 27. Februar: Die Delegierten aus Nanjing sind hier eingetroffen und wurden mit allen Ehren empfangen. Am Nachmittag begaben sie sich zu Yuan Shikai und überreichten ihm die Urkunde über seine Wahl zum provisorischen Präsidenten der chinesischen Republik, wobei sie ihn aufforderten, zur Eidesleistung nach Nanjing zu kommen. Yuan Shikai nahm das Amt an und verpflichtete sich, zur freiwilligen Amtseinführung nach Nanjing zu kommen, wenn die Umstände seine Abreise erlauben würden. Vor seiner Abreise wird Yuan Shikai mit Hsiao Yunan Tai über die Bildung eines Koalitionsministeriums verhandeln, das aus Ministern der jetzt bestehenden Kabinette zusammengesetzt werden soll. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer „Landsanleihe“ sind wieder aufgenommen worden. Die Anleihe soll international sein. Nicht nur englische, deutsche, französische und amerikanische, sondern auch russische und japanische Banken sollen daran beteiligt sein. Die erstgenannten haben bereits zugestimmt.

Panama. Staatssekretär Knox ist in Panama eingetroffen und hat einen herzlichen Empfang gefunden. In seiner Ansprache erklärte er, es sei der Wunsch der Vereinigten Staaten, mit den romanischen Republiken in Freundschaft zu leben. Die Vereinigten Staaten treiben weder noch der Souveränität nach Territorialabsicht in romanischen Amerika.

Die Luftschifffahrt.

Ueber den Rundflug Bremen, Münster, Hannover, Lübeck schreibt die „Meerzeitung“: Die Vereine der Nordsee-Gruppe des Deutschen Luftschiffverbandes, zu denen die Vereine „Freie Elbe und Ems“ gehören, veranstalten in den ersten Tagen des Juni einen Rundflug. Zu diesem Zwecke hat der preussische Minister des Innern die Bewilligung einer Subvention aus dem Reichsamt für Luftschiffahrt bewilligt. Die Subvention soll in Höhe von 20000 Mk. betragen. Der Weltbewerber ist nur für deutsche Flugzeugführer offen und jeder Führer verpflichtet sich, einen Piloten auf dem Flugplatz aufzunehmen, mitzuführen. Diese erhalten bestimmte von dem Generalkommando der drei in Betracht kommenden Korps gestellte militärische Aufgaben, zu denen die Garnison der an der Strecke liegenden Truppenteile herangezogen werden. Die Höchstzahl der Bewerber beträgt 10. Der Rundflug nimmt auf dem Spitzplatz in Bremen seinen Ausgang.

Dermittlendes.

Die Ministerbrüder von Genshadow vor Gericht. (Einer Verhandlung.) Unter vermöglicher Anknüpfung des Publikums begann am Dienstag vormittag vor dem Reichsgericht in Petrikau (Russisch-Polen) die Verhandlungen in dem Kontroversprozess gegen die Ministerbrüder von Genshadow. Der Vorsitz führt der große Präsident des Reichsgerichtes, Reichsgerichtspräsident Dr. Zelle. Der zweite Justizminister hat einen Sitz-

Gedenktage.

- 29. Februar. 1760. Der Kaiserin Katharina Friedrich (Winter geboren). 1792. Der halle'sche Konfessionär Giordano Antonio Nostini geboren. 1866. Der heilige Staatsmann Albrecht von Hofst gestorben. Tagesgedruch: Mit anderen zusammen bei Tisch und Wein...

Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis.

Die am Dienstag nach dem Hotel zum goldenen Schiffechen in Halle einberufene ordentliche Mitgliederversammlung hat wieder außerordentlich viel beschäftigt. Der erste Vortrag war die von seiner Neugründung der innerpolitischen Geschäftsjahre des Deutschen Reiches die aus dem letzten Wahlkampf sich ergebenden Lehren. Zunächst erinnerte er an die Vorgänge in unserem Wahlkreise vor dem eigentlichen Beginn des Wahlkampfes, an die ergebnislosen Verhandlungen mit den liberalen Parteien und wie die Konservativen in deren Vorgehen sich abgerader den rechten Mann für die eigene Kandidatur gefunden hätten, allerdings für einen scheinbaren Kreis. Es sei dann von besonderer Bedeutung, daß einer der drei Herren von national-liberaler Seite, mit denen von konservativer Seite noch eine gemeinsame Kandidatur beraten werden sollte — wie über dem Verlaufe der Dinge sein höchstes Mißfallen über die Haltung der National-liberalen im Reichstage ausgesprochen habe. Vielleicht würde, wenn Herr von Blume schon früher diese Erkenntnis gewonnen hätte, bei jener Zusammenkunft ein anderes Ergebnis zu erzielen gewesen sein. Die National-liberalen hätten sich wieder einmal als die Partei der verpassten Gelegenheiten erwiesen. Dagegen sei schlußendlich, daß die Konservativen sich auf dem richtigen Wege befänden. Die Wahlen hätten gezeigt, daß der konservativen Gedanke im Saalkreise feste und starke Wurzeln geschlagen hat, Tausende von Wählern haben sich zu ihm bekannt. Der Herr Dr. Herrmann sprach über die großen Mängel, denen er sich im Wahlkampfe unterworfen hatte. Die Wahlen mit ihrem Drum und Dran erzeugten den Eindruck, daß Deutschland an einer gewissen Unwahrscheinlichkeit leide in der Politik, hervorgerufen durch die geheime Wahl. Diese als solche fordert auf, unteren zu sein. Geschäftsleiter wie Herrmann, Reichstag haben schon auf diesen Grundgedanken hingewiesen. Die Unwahrscheinlichkeit muß bei solcher geheimen Wahl geradezu argen werden. Für die Konservativen, die ihre Meinung offen bekennen, hat die geheime Wahl keinen Zweck. Und auch die auf der äußersten Linken stehenden Sozialdemokraten scheuen sich nicht, laut sich als solche zu zeigen, also auch für sie hat die geheime Wahl politisch keinen Zweck. Sie hat demnach nur die Wirkung, daß die Wahlen den Wählern über den Fortschritt der Nationalen Arbeit einzutreten, und nicht zum wenigsten bei den Sozialdemokraten, so daß der Reichstag von der Bestimmung durchaus nicht hätte, als er das Wort an den Reichstag unumoralisch nannte. Schließlich wird durch die geheime Wahl das gesamte Volk unumoralisch. Auch die Tatsache, daß bei der geheimen Wahl der Reichstag als Präsidium ein Teil der National-liberalen für Bebel als Präsidenten und für Scheidemann als Vizepräsidenten stimmte, beweist, daß die geheime Wahl eine Quelle der Unmoralität (gehört der Beifall). Auch Völklinger, wie Maximilian Harden und Karl Frensch, haben in der „Zukunft“ solcher Erkenntnis unumwunden Ausdruck verliehen. Unser Staatsteil geht einer großen Gefahr entgegen, die auf dem Boden der geheimen Wahl erwacht. Der Dünker, der diesen Boden „fruchtbar“ macht, ist der Geist, der aus der Spalten gewisser Blätter nicht und bei der Wahlparteien wie in der Politik den germanischen Geist verfliehet. Sein Volk kann bestehen, wenn eine so reich fließende Quelle der Unmoralität in ihm vorhanden ist. Wir haben das Recht, den Finger auf diese Wunde zu legen, weil wir offen und ehrlich die Wahrheit gesagt und danach gehandelt haben. Doch wir haben, wenn es gilt, unsere höchsten Güter zu ihrem Rechte zu verhelfen, eine feste feste Stütze an unserm Vater. In der freien Gesellschaft, daß hier unsere Zukunft den starken Hüter besitzt, stimmte die Bezeichnung in ein beglücktes Godey auf den Kaiser ein.

Die Worte des Vorsitzenden wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen, ein Zeichen, daß sie allen aus dem Herzen kamen. Zunächst erläuterte der Geschäftsführer des Vereins, Herr Kaufmann Kaufmann, den Inhalt des Geschäftsberichts des konservativen Vereins für 1911.

In diesem Bericht wurde ein vorläufig ausgeführtes Bild von den Geschäften in den letzten Jahren entworfen. Den Stolz gegen die konservativen Parteien richteten nicht allein die von Bayernern die Bebel, sondern auch die Weltmacht, die sich die liberalen Parteien im Sozialismus und im Vaterland geschloffen haben. Das ein Gut hat die Reichstagswahl gezeigt, daß durch sie eine rechtliche Schiedung der Parteien eingetreten ist. Während die Konservativen als ein festgeschlossenes Ganzes, aus dem Kampfe innerlich geteilt und geläutert hervorgegangen, angezogen sind, haben die liberalen Parteien durch das Abkommen mit der Sozialdemokratie ihre eigenen Grabgräber angetan. Die National-liberalen droht ein ähnliches Los, wenn sie nicht in nächster Stunde noch umkehren. Der Bericht erörterte die Vorgänge, wie sie sich vor und während der Wahl in diesem Kreise abgetragen haben, und stellte fest, daß die Konservativen die Wahl gewonnen und in jeder Hinsicht vornehm getauft haben.

Die Zahl der Mitglieder des konservativen Vereins für Halle und den Saalkreis ist im Geschäftsjahre auf 1206 gestiegen. Eine reiche Tätigkeit haben Vorstand und Verein entfaltet. In den regelmäßig abgehaltenen Zusammenkünften ist viel Arbeit getan, und in der Sitzung der Mitglieder getragen worden. Im Parteitag in Halberstadt beteiligten sich viele Mitglieder, der Geburtsort des Kaisers wurde unter jarter Beteiligung von Mitgliedern und Freunden der konservativen Sache festlich begangen. Leider hat der Verein durch den Tod des Herrn Oekonomisten Reichel und von Carl Bürgen schwere Verluste erlitten. Der Bericht schloß mit den folgenden Worten: „Möge bald wieder ein früher und belebender Hauch durch unser Vaterland wehen, mögen die Herzen wieder höher schwingen lernen für die ewigen idealen Güter, für Glauben und Religion, für Vaterland, Reichthum und nationale Größe.“

Ein um Beifall und Dank aufgenommenen Geschäftsbericht über den Berichtsjahr nach die Rechnungslegung folgen. Die Einnahmen des Vereins betragen 3039,43 M., die Ausgaben 1551,10 M., so daß ein Ueberschuß von 1488,33 M. verbleibt. Nach günstigem Verlauf über die bei der Reichstagswahl gehaltenen Kassen. Dem Rechnungsleger wurde für seine Mühen auf beide Seiten der Beifall zufließen. Der Vorstand der konservativen Partei in Berlin ein Schreiben gerichtet werden möchte, in welchem herzlicher Dank für die rastlose Arbeit des Hauptvorstandes im Dienste des Vaterlandes ausgesprochen wurde. Um ausführlicher Bemerkung hat der Verein die Tätigkeit des Parteivorstandes und aller konservativen Kreise im Reichstage und sonstige Verhältnisse. Es wurde die Bitte ausgesprochen, daß auf diesem Wege fortgeschritten werden möchte. Herr Kaufmann sprach über die Sache, die sie so feindlich für seine Partei eingetrieben waren. Er werde auch weiter kämpfen für die gute Sache. (Beifall.) Der Herrmann erwiderte dann die Antwort dankend auf das Inverhältnis der konservativen Parteien gegenüber.

Der sozialdemokratischen Gefahr.

Es sei außerordentlich zu beklagen, wie tief die Gefahr erkenne, wie wenig sie tun, die Wähler über diese Gefahr aufzuklären. Da haben wir denn die Pflicht, unsern Mann zu ziehen, aufklärend zu wirken, jede Gelegenheit zu benutzen, um jene Gefahr abzuwenden. Das ist eine mühselige Arbeit, aber wir dürfen nicht erwidern in dieser unbilligen Auffassung, weil erst noch sehr mühselige Arbeit der Erfolg aus muß. So nur werden wir wieder zum innern Frieden zurückgeführt, werden wir wieder jula darauf sein können, Deutsche zu sein. Wir alle müssen uns zusammenschließen auf dieser unablässigen Arbeit für das Vaterland, dann wird uns der Erfolg, dann wird wieder Frieden im Reich sein. Dazu müssen wir zusammenhalten, wirken, unerschrocken, unermüdet. Das wird gescheit, das sollen Sie uns das Gelübnis ablegen in dem Aufre: Unser liebes, teures, deutsches Vaterland! Amen!

Mit stürmischen Beifall wurden diese ernsthaften Worte aufgenommen. Der Vorsitzende zeigte jodann die Beteiligung an den von der konservativen Partei in Berlin eingerichteten Nachbesprechungen an, deren erster vom 10. bis 16. März stattfand. Den Teilnehmern aus dem hiesigen Kreise wird aus der Vereinsliste eine Heftliste gewährt. — Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der auscheidenden Herren Professor Dr. Eichstädt, Landwirt Herrmann, Romanerstr. 4 an der Stadt Halle, sowie der Herren Kammerherr von Wulow in Dessau, Landrat von Rosenthal, Gutsbesitzer Walthers-Kleinflugel und Bürgermeister Winter-König aus dem Saalkreise. Für den verstorbenen Herrn von Garsburg wurde Herr Kaufmann Reichel als Ersatzmann ernannt. Außerdem wurden noch aus der Herren Reiner Schumann und Kaufmann Wenzel aus Halle und Gutsbesitzer Gense-Dalau und Kaiser Mittel-Regenlaubing aus dem Saalkreise. Diese Herren waren durch Zufall in den Vorstand berufen worden, die auch diesmal wieder vom Vorstand vorgenommen werden wird. Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren Druckermeister Wittig und Director Mann an wieder gewählt.

In der Bericht über vorgeschriebener Stunde hielt Herr Kaufmann ein D. Einbeck noch einen außerordentlich feisenden Vortrag über die deutsche Kriegskasse, über den wir noch berichten werden.

Aus Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 28. Februar 1912.

Kreislehrerkonferenzen.

Als Aufgabe für die diesjährigen Kreislehrerkonferenzen ist von der Königl. Regierung in Merseburg bestimmt worden: Der Unterrichtsminister unter Benutzung der Schrift „Denken und Tun“ von Dr. Max Löwentz, München 1911. Ferner wird empfohlen, bei den Konferenzen, die in deren nach nicht ein Vortrag über Besondere Aufgaben werden ist, den Vorstand der Kreislehrerkonferenz freigestellt um die Abhaltung eines solchen zu erwirken. Zugleich wird auf die Abhaltung von Vorträgen aus dem Bereich der Naturwissenschaftliche hingewiesen.

Unruhe im Schneidergewerbe!

Wie anderwärts, so sind auch in Halle die Verhältnisse bei der mit der Kündigung der bestehenden Verträge für 1. März an die Arbeitsgeber. Mehrere Zusammenkünfte der beiderseitigen Organisationsvertreter zur Klärung der Sache waren, da beide Teile einen hartnäckigen Standpunkt vertraten, ergebnislos verlaufen und so traten am 21. Februar in Frankfurt a. M. die Besprechungen, deren Hauptvorstände und Beiräte von 22 befreundeten deutschen Städten, wobei aufklärend viel große Mühe mit weiteren Hilfe, zur Erlangung der Besondere Aufgaben, um eine einigartige Einigung zu ermöglichen, waren die Diskussionsbegegnungen. Ihren Vertretern dahingehend Solange mitzutragen, daß die etwaigen Vereinbarungen bindend sein sollten. Hierbei stellte sich schon eine Schwierigkeit heraus, da die Voraussetzungen von Arbeitsgeberseite erfüllt werden mußte.

Trotz alledem trat man in Verhandlungen ein, und bald hatte es den Anschein, als ob eine glückliche Uebereinkunft zu ermöglichen wäre, unumkehrbar, als sich die Hauptvorstände der Gewerkschaften selbst wahr bemächtigten. Sonnabend und Sonntag spielte sich die Sache aber wieder vermehren zu, daß man von Arbeitsgeberseite Zweifel an dem guten Willen der Gewerkschaften wagern wollte. Nach nochmaligen verfrühten Verhandlungen wurden arbeitsgeberseitig die Angebote bis auf die Hälfte der Gehaltsforderung und als Ultimatum überreicht. Dieses Ultimatum führte Montag nachmittags zum Abbruch der Verhandlungen. Die Besprechungen triffen nach fast achtstündiger Verhandlung ab, und so wird am 1. März voraussichtlich die Arbeitsverteilung eintreten.

Die Thalia- und Kaiserfälle.

Uns wird gemeldet: Die in letzter Zeit in hiesigen und umliegenden Zeitungen aufgekündete Thalia- und Kaiserfälle sind im hiesigen Thalia-Kreis angenommen, weil sich ihre Unrichtigkeit dieser Meldung ergab. Nach der „Halle, Sig.“, daß die hiesige Polizeiverwaltung über die Regierung zu Merseburg in ihren Forderungen über die hiesigen Veränderungen der Thalia- und Kaiserfälle wesentlich nachgegeben habe, trifft nach amtlicher Erkundigung nicht zu. Die Verhandlungen über die Thaliafälle schweben noch, während der Thaliaausgabe über die Kaiserfälle bereits endgültig nach dem Antrage der Polizeiverwaltung entschieden hat.

Am den Volkskassen in Halle haben in letzter Zeit answärtige Lehrer Vorproben gehalten. Auf Grund des Ergebnisses dieser Vorproben sind von Magistrat zur Aufstellung an den hiesigen Volkskassen angenommen, weil sich ihre Unrichtigkeit dieser Meldung ergab. Nach der „Halle, Sig.“, daß die hiesige Polizeiverwaltung über die Regierung zu Merseburg in ihren Forderungen über die hiesigen Veränderungen der Thalia- und Kaiserfälle wesentlich nachgegeben habe, trifft nach amtlicher Erkundigung nicht zu. Die Verhandlungen über die Thaliafälle schweben noch, während der Thaliaausgabe über die Kaiserfälle bereits endgültig nach dem Antrage der Polizeiverwaltung entschieden hat.

Die hiesige staatliche städtische Gesundheits- und Gewerbebehörde für Wäldchen wird sich an der in Berlin stattfindenden Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“ beteiligen. Der Verkauf der auszuwählenden Gegenstände erfolgt am 6. März.

Thüringischer-Zuständigkeits-Gesellschafts-Verein. Die nächste Monatsversammlung, zu der wie stets durch Mitglieder eingeführte Gäste, auch Damen, willkommen sind, findet am 4. März, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „zum Tische“, Alte Brauereistraße 5, statt. In der Sitzung wird Herr Reichmann und Privatdozent Dr. A. Bauer, Halle a. S., über „Die Strafsache Brechna“ einen Vortrag halten.

Walfahrtstexte. Die große Revue „Donnerwetter“ tabellarisch gelangt heute zum vorletzten Male zur Aufführung, und zwar als Generalprobe für Director Fritz Ehrlich.

Beifallsgewinn im Saal. Wegen Donnerstag, abends 8 Uhr, Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Direktors unter Leitung von Kapellmeister Alfred Gilmann. Die mitwirkende Solistin, Frau Marg. Bruger-Dresch von unseiner hiesigen Wäldchen singt Lieber von Weber, Wagn. Mozart und von Stadttheater-Remontanten Herrn Karl Blon. Herr Blon, welcher seine Lieber am Klavier selbst begleitet wird, führt ein von der Königl. Akademie in München und hat dort auch die Staatsprüfung in Kontrapunkt und Komposition abgelegt. Er ist ein Schüler Reinberger's und war nach Beendigung seiner Studien mehrere Jahre als Opernkapellmeister tätig. — Mittelwörterverkauf in den Jubiläumshandlungen von Hofkap und Koch und in den durch Plakate kenntlichen Bazarhandlungen. Siehe heutige Anzeige.

Wortzug des Psychologen H. Paschke über Stellung der nervösen Gemütskranke. Der Vortragende, der eine Unterrichtsarbeit

Saison-Neuheiten in

Kleiderstoffen, Kostümfabrik, Brauereistoffen

vom einfachsten bis zu dem elegantesten Genre in bekannt reichhaltigster Auswahl in allen Preislagen.

Gegründet 1865.

Bruno Freytag, Halle a. S., Leipzigerstr. 100.

Mass-Anfertigung unter Leitung bewährter erster Kräfte gut und preiswert ausgeführt.

Muster-Kollektionen nach auswärts bereitwilligst.

